

MBZ

MITTEILUNGSBLATT BERLINER ZAHNÄRZTE



Selektivverträge

Der Vorstand kommt in den Bezirk

Berliner Kinderzahnpass

MUT sucht Mitstreiter

Es kann nur besser werden?



Als am Abend des 27. September die Wahllokale schlossen und die Helfer die Wahlurnen leerten, fanden sie ein Ergebnis vor, das eine Welt zum Einsturz brachte. Die Welt der Sozialdemokratie in Deutschland, wie man sie kannte, existiert nicht mehr! Seit dem 27. September sind für die SPD 23 Prozent als schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik zu unterbieten.

Nichts hat die alte Stammwählerschaft der SPD mehr übel genommen als die Reformpolitik der Vergangenheit, vor allem die Agenda 2010 und die Rente mit 67 – eben jene Vernunftpolitik, die half, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Sozialsysteme vor dem Kollaps zu retten. Gerade diese Reformen, die Deutschland wieder auf die Beine halfen, haben die SPD in die Knie gezwungen, und es ist fraglich, ob sie sich jemals wieder zu alter Größe aufrichten kann.

Dieses Ergebnis werden natürlich auch die übrigen Parteien analysieren. Sie werden erkennen, was jeder schon wusste, dass es in der Politik weder Geduld noch Dankbarkeit gibt und vernünftige Politik, wenn sie denn zu Einschnitten für die Bürger führt, selten belohnt wird. Angela Merkel hat das schon längst erkannt. Aus ihrer Sicht hat sich der „Wahlkampf“ der CDU ausgezahlt, der nicht eine einzige Zumutung für die Bürger enthielt. Der Preis war ein Erosionsprozess in Richtung FDP – ganz ähnlich wie bei der SPD in Richtung „Die Linke“. Das aber ist für sie ein akzeptabler Kollateralschaden ihrer Politik des „sich Durch-Merkeln“, wobei nach der Wahl von ihr sowieso nichts mehr zu hören war.

Aber auch der FDP beginnt zu dämmern, dass man mit einem plakativem Programm vielleicht Wahlen gewinnen kann. Gleichzeitig die Einkommens-, Öko- und Mehrwertsteuer wie gefordert abzusenken, ist nicht finanzierbar. Und so werden auch in der FDP die Mitglieder darauf vorbereitet, dass von den vielen Forderungen in den anstehenden Verhandlungen nur wenige durchsetzbar sein werden; z. B. der Gesundheitsfonds: Die FDP macht ihn für alles Übel verantwortlich und will ihn unbedingt abschaffen. Die Union – vor allem Angela Merkel – findet ihn toll und will ihn erhalten. Nach nunmehr zehn Monaten seines Bestehens gibt es immerhin ein paar zentrale Erkenntnisse. Dazu gehört, dass er bei weitem nicht so schlecht funktioniert, wie von Seiten der Kassenfunktionäre und Landespolitiker – mich eingeschlossen – behauptet wurde. In der Rezession hat er sich sogar bewährt, weil die Regierung über ihn die Beiträge stabil halten konnte.

Ziel sollte es also sein, die guten Ergebnisse zu erhalten und die schlechten auszubessern. Denn der Fonds entfaltet auch Auswirkungen, die ernster sind, als selbst die Kritiker befürchtet hatten!

Das neue System verleitet Ärzte und Krankenkassen in großem Stil dazu, die Versicherten in Kranke zu verwandeln. Es wird therapiert und diagnostiziert wie nie zuvor, und niemand achtet auf die Kosten. Es ist klar, dass der Fonds das Finanzierungsproblem im Gesundheitswesen nicht löst – nicht lösen kann, denn er verteilt das Geld nur. Doch weil alle Kassen die gleiche Geldmenge pro Versicherten erhalten, entfällt auch das zentrale Merkmal eines im Wettbewerb umkämpften Marktes, nämlich der unterschiedliche Preis bzw. Beitrag.

Das soll sich nun ändern! Die erzielte Einigung zwischen CDU/CSU und FDP vom vergangenen Wochenende sieht vor, dass das Gesundheitssystem ab 2011 neu gestaltet werden soll. Der diese Aufgabe lösen soll, ist überraschend Philipp Rösler (FDP), Arzt und noch Wirtschaftsminister in Niedersachsen. Offen sind nur noch „Kleinigkeiten“: z.B. sämtliche Details, wie die Besetzung der Regierungskommission, welche Teile des Beitrages über das anvisierte Prämienmodell abgedeckt werden sollen, wie hoch die Prämie ausfallen soll, ob die Zahlungen aus Steuern erhöht werden sollten, wie man den Sozialausgleich gestaltet und was wohl regionale Differenzierung bedeutet. Der Fonds jedenfalls wird bleiben, zumindest bis sich die ominöse Regierungskommission auf etwas anderes geeinigt hat.

Derweil konkurrieren die Kassen auch nicht mehr um die Qualität der Versorgung, sondern ausschließlich um die Anzahl ihrer Versicherten. So entstehen die Lockangebote im Rahmen der unsäglichen **Selektivverträge**, wie wir sie zurzeit unter dem Decknamen „Zahnersatz zum Nulltarif“, Professionelle Zahnreinigung für 50,- Euro oder Implantate einschließlich Suprakonstruktion für 1100,- Euro erleben. Meine Ansicht dazu konnten Sie bereits im letzten MBZ lesen, eine detaillierte Auflistung der juristischen und betriebswirtschaftlichen Fallstricke ist im Rundschreiben im Oktober noch einmal dargestellt.

Nach dieser Wahl steht auch uns im Vorstand der KZVen viel Arbeit bevor. Da stehen die **Selektivverträge** an vorderster Stelle. Wir werden Sie in den Bezirken aufsuchen – in einigen Bezirken waren wir schon –, um Sie zu informieren und um Ihre Fragen zu beantworten. Es gilt aber auch, unser berechtigtes Anliegen nach einem Ost-West-Angleich voranzutreiben. Die ersten Schritte sind auch hierzu bereits unternommen worden, indem die neuen MdB's von allen Ost-KZVen einschließlich Berlins angeschrieben wurden. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam die Probleme lösen können.

Ihr Jörg-Peter Husemann

Selektivverträge I

Außerordentliche Vertreterversammlung am 14.10.2009



von links nach rechts: zu Gast Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorstandsvorsitzender KZBV, Dr. Karl-Georg Pochhammer, Dr. Jörg-Peter Husemann, Peter Herzog, dahinter Dr. Annette Bellmann und Dr. Peter Kircher

Einziges Thema dieser außerordentlichen VV waren die Selektivverträge. Dr. Husemann berichtete ausführlich über die Aktivitäten des Vorstandes der KZV Berlin, wie auf allen Ebenen die Selektivverträge problematisiert werden. Dazu gehören neben diversen Rundschreiben, Artikeln im MBZ und einem Informationsaustausch mit einigen der Zahnärzte, die sich dem Selektivvertrag der DAK angeschlossen haben, auch die Beanstandung des Vertrages durch die KZV Berlin beim Bundesversicherungsamt. In den bislang stattgefundenen Bezirksveranstaltungen („Der Vorstand kommt in den Bezirk“, Bericht s. S. 9) waren die Selektivverträge ebenso beherrschendes Thema.

Der Vorstand war der Aufforderung der VV aufgrund des Beschlusses der letzten Versammlung nachgekommen und hatte einen entsprechenden Resolutionsentwurf erarbeitet und allen VV-Mitgliedern zur Verfügung gestellt, damit Änderungen eingearbeitet werden konnten.

Als Gastredner erläuterte Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorstandsvorsitzender der KZBV, die Aktivitäten auf Bundesebene. Deutlich formulierte er, dass die Selektivverträge seiner Meinung nach nicht wegzubekommen seien. Sie würden bestehen bleiben, also können nur Aufklärungskampagnen die

Zahnärztinnen und Zahnärzte vor solchen Knebelverträgen schützen. Dr. Fedderwitz plädierte dafür, über alle KZVen hinweg mit einer Stimme zu sprechen.

Knapp zwei Stunden nach Beginn verabschiedeten die 29 anwesenden Vertreter einstimmig die Resolution zu den Selektivverträgen der Krankenkassen.

Susanne Drkosch



Die Vertreterversammlung

Selektivverträge II

Resolution der Vertreterversammlung der KZV Berlin zu den Selektivverträgen der Krankenkassen

Die Vertreterversammlung der KZV Berlin lehnt den Selektivvertrag der DAK, einiger BKKen und der BIG direkt gesund mit der Indento GmbH als kollegenfeindlich und patientenschädlich ab!

Durch dieses Netzwerk kommt es nicht nur zu einer unzumutbaren Einschränkung der zahnärztlichen Entscheidungsfreiheit, es entsteht auch eine unangemessene Begünstigung eines einzelnen Zahntechnikbieters. Die Mitglieder der Vertreterversammlung stellen dazu fest:

- Den Interessen der Patienten ist damit nicht gedient. Bisher konnte jeder Versicherte den Zahnarzt seines Vertrauens frei auswählen, unabhängig davon, welcher Krankenkasse er angehörte. Wenn es künftig eigene „DAK-Zahnärzte“ gibt und der Patient seinen Zahnarzt nicht mehr frei wählen kann, ist das nicht zu seinem Vorteil und widerspricht im Übrigen auch dem Gesetz der freien Arztwahl (§ 76).
- Unter den Kriterien des § 135 a – Qualitätsmanagement – und den §§ 136 ff – Qualitätssicherung – ist es unverständlich, dass Krankenkassen sich diesem Vertrag anschließen. Die Interessen der Patienten werden hier außer Acht gelassen.
- Die Verpflichtung, die Patienten gut zu versorgen, trägt in diesem Vertrag allein der Zahnarzt, im Zahnersatzbereich sogar über eine deutlich verlängerte „Garantie“-Zusage. Er allein wird in die Pflicht genommen für das Qualitäts- und Leistungsversprechen der Kassen gegenüber deren Versicherten!
- Vorteile bestehen in diesen Verträgen allein für die Krankenkassen, für das an diesem Vertrag beteiligte Labor und die Handelsgesellschaft. Der Zahnarzt bezahlt für das Versprechen, eventuell mehr Patienten zu bekommen, mit seiner Unabhängigkeit und Freiheit. Er muss sich an eine Krankenkasse beziehungsweise an eine Managementgesellschaft verdingen, sich an ein ihm fremdes Labor binden und chinesischen Zahnersatz eingliedern!
- Selektivverträge zerstören mittelfristig die seit Jahrzehnten in Form der Körperschaften erfolgreich entwickelten Strukturen der zahnärztlichen Selbstverwaltung.
- Eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung kann im Selektivvertrag nicht sichergestellt werden!
- Die zahntechnischen Labore werden den Zahnärzten vorgeschrieben, z. Zt. ist das allein IMEX in Essen mit chinesischen Importen. Der Zahnarzt hat keine Möglichkeit mehr, die Qualität des Labors zu überprüfen!
- Insbesondere die Ausgestaltung der Qualitätsanforderungen, wie sie im Selektivvertrag – § 73 c Abs. 4 SGB V – vorgeschrieben ist, kann nicht umgesetzt werden!
- Durch diesen Vertrag werden weitere Arbeitsplätze in den zahntechnischen Laboren in Berlin und Brandenburg gefährdet. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 13,4 % in der Region ist es nicht nachvollziehbar, dass Krankenkassen diese Entwicklung noch vorantreiben!

Die Vertreterversammlung warnt vor der Marktübermacht der Kassen und deren Vertragsapparaten, die von einer Fusion zur nächsten immer größer werden und den Praxen die Daumenschrauben anlegen. Es liegt auf der Hand, dass der Zahnarzt in solchen Vertragskonstrukten schnell zum schlecht bezahlten Kassenhandlanger mutiert. Nur ein geschlossener Berufsstand – und dafür steht die Vertreterversammlung der KZV Berlin – kann das verhindern.

Berlin, den 14. Oktober 2009

Vertreterversammlung am 16.11.2009

Die nächste ordentliche Vertreterversammlung findet am

Montag, 16. November 2009 um 19 Uhr

in der KZV Berlin, Georg-Wilhelm-Str. 16, in 10711 Berlin statt.